

Stadtverwaltung Weimar

Drucksachen-Nr.	2018 / 057 / F
Einreicher:	Stadtrat Thomas Brückner
Datum der Sitzung:	14. 03. 2018
Status der Sitzung:	öffentliche Sitzung
beantwortet durch:	Beigeordnete Dr. Claudia Kolb

- Es gilt das gesprochene Wort -

Umgang mit Bürgern und Bürgerinitiativen

In der Vergangenheit wurde meiner Meinung nach immer wieder ein unfairer Umgang mit Bürgerinitiativen und Bürgern der Stadt durch den Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung gepflegt, sobald Kritik an Maßnahmen der Stadt geäußert wurde. Beispielsweise beim Bau des Neuen Bauhausmuseums.

Erinnern möchte ich beispielsweise an die Darstellung des Neuen Bauhausmuseums durch die Initiative Stadtforum, die vom OB zusammen mit der Klassikstiftung als „irreführende Simulation“ bezeichnet wurde (vgl. TLZ vom 06.11.13), deren Simulation aber gar nicht so falsch war, da das Bauhausmuseum nun doch das Landesverwaltungsamt überragt.

Erinnern möchte ich auch an die Reaktion auf die Kennzeichnung der Bäume im Weimarhallenpark, die nach Kenntnis der Akteure gefällt werden sollten und von denen inzwischen auch ein großer Teil gefällt wurde. Auch hier wurde den Akteuren vorgeworfen, falsche Tatsachen vorzuspiegeln (TLZ vom 24.02.15).

Zum weiteren Umgang mit Bürgerinitiativen und Kritiken an der Arbeit der Stadtverwaltung frage ich deshalb den Oberbürgermeister an:

Frage 1:

Mit welchen Maßnahmen will die Stadtverwaltung in Zukunft eine voll umfängliche und rechtzeitige Information der Bevölkerung zu größeren Baumaßnahmen gewährleisten?

Antwort:

Zur Information der Bürgerschaft über die Durchführung größerer Baumaßnahmen werden bereits jetzt auf der Homepage der Stadt Weimar unter der Rubrik „Baustellen und Straßensperrungen“ Hintergrundinformationen und Bautagebücher bereitgestellt. Ich verweise hier nur beispielhaft auf das Vorhaben „Sanierung Schwanseebad“. Es ist angedacht, diese Plattform noch stärker zu nutzen, um die zahlreichen Bauvorhaben der Stadt zu präsentieren. Allerdings ist zu bedenken, dass diese intensive Form der Öffentlichkeitsarbeit erhebliche Personalkapazitäten bindet.

Darüber hinaus finden bereits jetzt bei größeren Bauvorhaben gezielt Anwohnerversammlungen statt, wie zuletzt z.B. in Tröbsdorf bei der Vorstellung des Bauvorhabens: „Sanierung der Außengebietsentwässerung“.

Frage 2:

Wie reagiert die Stadtverwaltung in Zukunft auf Kritik aus Bürgerinitiativen und von Bürgern?

Antwort:

Kritik an der Stadtverwaltung wird in unterschiedlicher Form geübt. Sie reicht von der persönlichen Vorsprache auf der Dienststelle, über Briefe und E-Mails bis zu Einträgen in Blogs oder sog. „öffentlichen Briefen“, die über die Medien publiziert werden.

Vorgebrachte Kritik wird grundsätzlich ernst genommen und ist immer Anlass der Überprüfung der eigenen Auffassung. Wie darauf zu reagieren ist, muss im Einzelfall entschieden werden. Die Mitarbeiter sind angehalten, nach Möglichkeit das persönliche Gespräch zu suchen. Dort lassen sich Missverständnisse am ehesten aufklären.

Frage 3:

Werden auch in Zukunft Veranstaltungen wie zum Sophienstiftsplatz zur Beteiligung der Bürger an der Gestaltung der Stadt durchgeführt? Wenn ja, wer entscheidet, ob und wann eine solche Veranstaltung durchgeführt wird?

Antwort:

Bei sehr großen und weitreichenden Bauvorhaben sind Bürgerforen u. ä. ein übliches Instrumentarium, um die Interessenlage der Bürgerschaft zu erkunden. Sie sind also ein Mittel der Informationsgewinnung. Diese Beteiligungsformen bedürfen einer intensiven Vorbereitung und binden erhebliches Personal.

Üblicherweise werden derartige Foren von entsprechend ausgebildeten Moderatoren und Kommunikationsberatern vorbereitet und geleitet – und eher selten von der Verwaltung selbst. Kosten in fünfstelliger Höhe sind hierbei durchaus keine Seltenheit.

Dennoch ist die Verwaltung der Auffassung, dass die genannten Beteiligungsformen in herausgehobenen Verfahren unverzichtbar sind. Die Entscheidung hierüber trifft nach den Vorgaben der Kommunalordnung der Oberbürgermeister, wobei Hinweise und Anregungen aus dem Stadtrat natürlich aufgenommen werden. Überlegenswert ist es durchaus, künftig bereits mit dem Haushaltsbeschluss darüber zu befinden, ob für bestimmte Projekte Finanzmittel für eine durchzuführende Bürgerbeteiligung vorgesehen werden sollen.

Frage 4:

Ist eine digitale Beteiligungsplattform geplant?

Antwort:

Die Überlegungen dazu sind noch nicht abgeschlossen und eher skeptisch. Die Beteiligungsverfahren im Rahmen der Diskussion zur Baumschutzsatzung oder zum Bürgerhaushalt haben nur geringe Resonanz gezeigt.

Eine entsprechende Plattform bedarf zudem der ständigen Betreuung. Die Bürger dürfen zu Recht eine Antwort auf ihre Einträge erwarten. Ohne eine zusätzliche Personalstelle ist ein derartiger Aufwand nicht leistbar.